

Merkblatt

für die Gemeinden Tirols

INHALT

- | | |
|--|---|
| 1. Leitfaden Stromausfall/Blackout -
Vorsorgen der Gemeinden | 5. GAF - Bedarfszuweisungen 2022 nach
Verwendungszwecken |
| 2. Verpflichtungen der Betreiber von
Wasserversorgungsanlagen | 6. Förderrichtlinie Siedlungswasserwirtschaft |
| 3. Leitfaden Gewässerpflege | 7. Abgabenertragsanteile der Gemeinden
Jänner 2023 |
| 4. Barrierefreie Veröffentlichung von
Gemeinde-Protokollen | <i>Verbraucherpreisindex für
November 2022 (vorläufiges Ergebnis)</i> |

1.

Leitfaden Stromausfall/Blackout - Vorsorgen der Gemeinden

Auch wenn am 08.11.2022 der Netzbetreiber (Austrian Power Grid) die Gefahr eines Blackouts in Österreich im Winter 2022/23 nach einem Stresstest als nicht erhöht einstuft, könnte ein sehr strenger Winter dazu führen, dass es zu einer Lastunterdeckung kommt. Dann müssten große Industrieunternehmen ihren Stromverbrauch reduzieren.

Es wurde aber auch betont, dass der Stresstest keine Indikation für ein mögliches Blackout sei. Ein Blackout ist ein unkontrollierter, völlig unerwarteter Zusammenbruch des Stromnetzes, einem Strommangel hingegen könnte man gezielt gegensteuern.

Obwohl im Wiederherstellungskonzept der TIWAG/TINETZ ein Zeitrahmen von 4 bis 6 Stunden zur Wiederherstellung eines Inselbetriebes kommuniziert wird, kann dies im Fall eines europaweiten Blackouts nicht der Fall sein, da unter der Führung der Austria Power Grid AG (APG) die Landesnetzbetreiber verpflichtet sind Österreich und Europa bei den Maßnahmen zum Wiederaufbau der Stromversorgung bestmöglich zu unterstützen.

Zur Bewältigung werden alle Netzbetreiber zum Vorgehen

nach dem vorbereiteten „Konzept zum koordinierten Netzwiederaufbau in Österreich“ aufgerufen. Das Netz nach einem genau festgelegtem Schaltschema getrennt. Eine wesentliche Rolle spielen beim Wiederaufbau der Stromversorgung sogenannte „schwarzstartfähige“ Kraftwerke. „Schwarzstartfähig“ heißt, dass sie ohne elektrische Zusatzenergie aus dem Netz wieder mit der Stromerzeugung beginnen und erste Versorgungsinseln innerhalb von Teilnetzbereichen aufbauen können. Diese Kraftwerke liefern auch jene Energie, die zum Anfahren weiterer, nicht schwarzstartfähiger Kraftwerke notwendig ist.

Generell kommt Österreich und der Schweiz bei einem Blackout in Europa eine besondere Rolle zu: Ausgehend von den Pumpspeicherkraftwerken in den Alpen wird das gesamte Übertragungsnetz in Europa wieder bespannt.

Um bei einem Blackout entsprechend vorbereitet zu sein werden folgende Maßnahmen nicht nur empfohlen. Diese Maßnahmen sollen auch in der Chaosphase helfen, die Zuständigkeiten abzugrenzen und auch bei unzureichender Kommunikationsmöglichkeit ein gemeinsames Vorgehen sicherstellen.

Mit Hilfe dieses Leitfadens können Vorkehrungen zur Vermeidung von Führungsproblemen, bedingt durch Ausfälle von elektrisch betriebenen Führungsmitteln (Kommunikation, EDV, Anlagen und Ausstattungen), getroffen werden. Vorrangiges Ziel dabei ist es, durch gezielte Präventivmaßnahmen auf diese Ausfälle zu reagieren und die Auswirkungen zu minimieren.

Dieser Leitfaden soll das Handbuch Blackout nicht ersetzen, sondern ergänzen. Bestehende Einsatzpläne sollten auf dieser Grundlage evaluiert und allenfalls angepasst werden.

Alarmierung

Die Austrian Power Grid (APG) erkennt relativ rasch, ob es sich um ein lokal begrenzten Stromausfall oder um ein Blackout handelt.

Zur Alarmierung von Einsatzkräften, wie Feuerwehren und Rettungsorganisationen sowie zur Warnung der Bevölkerung in Gefahrensituationen betreibt das Land Tirol ein eigenständiges Warn- und Alarmierungssystem Tirol (WAS - Tirol).

Das WAS-Tirol ist redundant aufgebaut, die Sendestandorte sind mit entsprechenden Notstrombatterien ausgestattet, sodass auch bei Stromausfall eine Funktion für >48 Stunden gegeben ist.

Alarmierungen von Blaulichtorganisationen (Feuerwehr und Rettungsdienste) erfolgen im Regelfall zentral durch die Leitstelle Tirol GmbH. Im Bedarfsfall ist auch eine Alarmierung durch die Feuerwehr-Bezirkszentralen (8 Bezirkszentralen im Bundesland Tirol) möglich.

Die Warnung der Bevölkerung vor Gefahren erfolgt, entsprechend des Anlassfalles, mittels Sirenen (Zivilschutzsignale - Warnung, Alarm, Entwarnung) oder behördlicher Bevölkerungsinformationen via lokaler Medien. Eine entsprechende Verhaltensempfehlung der Behörde wird über den ORF (Radio oder Fernsehen bzw. über digitale Informationskanäle) bereitgestellt.

Die Auslösung der Zivilschutzsignale erfolgt durch die Landeswarnzentrale Tirol bzw. durch die Bundeswarnzentrale in Wien.

Als Alarmierungsmittel sind ca. 13.000 Pager bei den Einsatzorganisationen im Einsatz sowie ca. 1.025 Sirenen, welche von den Gemeinden bereitgestellt werden.

Zu beachten ist, dass im Blackout - Fall nur Pager und elektronische Sirenen funktionieren werden, klassische Motorsirenen funktionieren ohne Stromversorgung nicht (ca. 40% der Sirenenendstellen in Tirol sind elektronische Sirenen). Ebenso werden die Sendestationen des ORF für die Bevölkerungsinformation, das Internet und die öffentliche Telefonie nur eingeschränkt zur Verfügung stehen.

Im Blackout - Fall wird die Anzahl der verfügbaren Sendestationen des Digitalfunk entsprechend reduziert (nach ca. 8 Stunden), sodass eine eingeschränkte Funkversorgung mit Fahrzeugfunkgeräten, Fixstationen sowie Handfunkgeräten im Freien im Bereich des Dauersiedlungsraums (Ortskerne) und Hauptverkehrswegen zur Verfügung stehen wird. Diese verbleibenden Standorte, sogenannte A-Standorte, funktionieren ca. 48 Stunden. Durch den Einsatz von Aggregaten kann diese Zeit entsprechend verlängert werden. Für die Notstromeinspeisung ist eine Unterstützung der Feuerwehren erforderlich.

Ziel ist die Aufrechterhaltung der strategischen Funkebene (Führungsfunk). Die operative Funkebene wird Großteiles im Wechselsprechbetrieb ohne Funknetz betrieben werden müssen (DMO-Modus).

Eine ausfallsichere Kommunikation der Landeswarnzentrale Tirol hin zu den behördlichen Einsatzstäben ist durch das Digitalfunknetz BOS-Austria sichergestellt. Die Landeswarnzentrale Tirol ist 7/24 über die Sprechgruppe BOS-TIROL erreichbar.

Gemeinde: Die Alarmierung erfolgt über die Ortsfeuerwehren mittels WAS Tirol. Als Backup erfolgt die Alarmierung, wie die der Gesamtbevölkerung über das Zivilschutzsignal.

Eigenes Personal: Die Alarmierung erfolgt analog zur Zivilbevölkerung. Innerhalb der Gemeinde sollte bereits im Vorfeld festgelegt sein, wo und wann sich die Mitglieder der Gemeindeeinsatzleitung (GEL) selbstständig einzufinden haben.

Aufbauorganisation/Struktur

Die Feuerwehr wird neben den Einsätzen eine Notfallmeldestelle im Feuerwehrhaus betreiben müssen. Die GEL wird zur Bewältigung der Krise ein notstromversorgtes Gebäude benötigen. Es würde sich anbieten Synergieeffekte zu nutzen und die GEL in einem bereits aus anderen Gründen notstromversorgten Gebäuden einzurichten. Hierbei ist aber die Raumsituation so zu planen, dass eine gegenseitige Störung ausgeschlossen wird, wie z.B. separate Eingänge und Eingangskontrolle bei der GEL. Nach Möglichkeit sind GEL und Feuerwehr (Einsatzbetrieb) räumlich zu trennen.

Einsatzleiter kann nur die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister sein.

Es ist zu bedenken, dass der Feuerwehrkommandant gerade in der ersten Phase (Chaosphase) die Feuerwehreinsätze zu koordinieren hat und nicht in der GEL zur Verfügung stehen wird.

Nachdem zu erwarten ist, dass bei einem Blackout die Situation länger andauern wird ist spätestens nach 12 Stunden ein Schichtbetrieb einzurichten um eine längere Durchhaltefähigkeit zu garantieren und eine 24/7 Einsatzbereitschaft zu gewährleisten.

Kommunikation mit den Bezirkshauptmannschaften

Fällt eine Funkbasisstation total aus, so können die Funkgeräte auf Direct Mode Operation (DMO) umgeschaltet und weiterbetrieben werden. Allerdings ist nur noch eine direkte Kommunikation von Gerät zu Gerät mit eingeschränkter Reichweite möglich.

Solange BOS Funk sowohl bei der Gemeinde als auch bei der BH funktioniert ist die Kommunikation mit der BH über diesen abzuwickeln. Nachdem eine Datenübermittlung über Funk nicht möglich ist, müssen Dokumente etc. per Melfahrer übermittelt werden. Hier sollte auf Fahrzeuge mit wenig Verbrauch zurückgegriffen werden.

Spätestens bei Ausfall des BOS Funk sind Melfahrer unumgänglich, da zwar noch im DMO-Modus auf kurze Reichweite gefunkt werden kann, nicht aber die Verbindung zur BH aufrechterhalten werden kann.

Diese Melfahrer sollten nicht nur die Strecke kennen, die Funktion soll auch mehrfach besetzt sein.

Notfallmeldestellen und Einsatzzentren

Ort: Feuerwehrhaus

Verantwortlich: Feuerwehr

Da bei einem Blackout die Kommunikation über Mobilnetz und Festnetz sehr rasch eingeschränkt ist bzw. es rasch zu einem Ausfall kommt, ist es wichtig, für Personen, die Hilfe in einem Notfall (von Feuerwehr, Rettung oder Polizei) benötigen, also die sonst den Notruf wählen würden, die Möglichkeit zu schaffen, diese Hilfe nun relativ rasch vor Ort zu bekommen.

Im Blackout - Fall werden daher die Feuerwehrhäuser als Notfallmeldestelle in allen Belangen für die Bevölkerung zu besetzen sein. Über die „Florianstation“ kann mittels Funkkommunikation entsprechende Hilfe organisiert werden. Entsprechende Notstromversorgungen der Funkgeräte sind vorzubereiten (Gemeinde-Einsatzleitung, Florianstation, Ersatz-Akkus für Handfunkgeräte, etc.).

In ausgewählten Gemeinden (in der Regel jene, in denen eine Polizeiinspektion ansässig ist) werden Polizei und Rotes Kreuz in der Notfallmeldestelle vertreten sein. Diese Meldestellen werden dadurch zu sogenannten Einsatzzentren. Die Anforderung von Polizei und/oder Rettung kann entweder direkt dort oder über jede Notfallmeldestelle erfolgen. Eine Präsenz von Polizei und Rettung in jeder Notfallmeldestelle ist nicht möglich.

In Gemeinden, mit weit auseinandergezogenen Siedlungsräumen, sind u.U. weitere solche Meldestellen einzurichten und durch die Ortfeuerwehr zu betreiben. Solange der Digitalfunk funktioniert, können bei Meldungseingang die erforderlichen Blaulichtorganisationen alarmiert werden. Im Falle des Ausfalls des Digitalfunks greifen die noch in Ausarbeitung befindlichen Kommunikationskonzepte des jeweiligen Bezirkes.

Anforderungskriterien für das Gebäude:

- Notstromversorgung
- Licht
- Heizung
- Sanitäreinrichtungen

Daher wäre es besonders wichtig Feuerwehren, die über keine Notstromversorgung, bzw. nur teilweise kleine USV/ Akkumulatoren für die Fixstation des Digitalfunks verfügen, nachzurüsten.

Informations- und Versorgungszentrum

Dieses muss räumlich getrennt von der Notfallmeldestelle, in einem notstromversorgten Gebäude (z.B. Altersheim, Kindergarten, Schule etc.) eingerichtet werden.

Gebäude sollten im Idealfall über eine unabhängige Sicherheitsbeleuchtung (Notbeleuchtungsanlage mit einer Zentralbatterieanlage) verfügen. Diese Systeme stellen bei einem Netzausfall in Abhängigkeit der Kapazität der Akkumulatoren über einen definierten Zeitraum eine Grundbeleuchtung (Antipanikbeleuchtung und Rettungskennzeichen) sicher (Überbrückung des Zeitraumes vom Ausfall der allgemeinen Stromversorgung bis zur Notstromversorgung des Gebäudes).

Bei Einspeisung mittels Notstromaggregat wird, sofern elektrotechnisch berücksichtigt, die Sicherheitsbeleuchtung wiederum vom Status „Akku“ auf Notstrombetrieb wechseln.

Diese Einrichtung soll zentrale Anlaufstelle für die Bürger*Innen für alle sonstigen (außer Notfallmeldungen) Anliegen und Bedürfnisse in der Gemeinde sein. Personen sollen die Möglichkeit haben, sich dort aktuelle Informationen zu holen. Die Einrichtung soll auch eine Koordinationsstelle für etwaige Nachbarschaftshilfe sein. Da nicht jeder Bewohner in der Gemeinde über eine stromunabhängige Heizung verfügt, soll es auch die Möglichkeit des Aufwärmens in der kalten Jahreszeit und des Abkühlens bei Hitze geben.

Anforderungskriterien für das Gebäude:

- Notstromversorgung
- Licht
- Heizung
- Sanitäreinrichtungen

Auch sollen etwaige dringende Versorgungsgüter für Notfälle bereitstehen.

Es wird weiters zu Bedenken gegeben, dass es ältere

alleinstehende Personen, die diese herausforderndere Situation nicht alleine bewältigen können und Unterstützungsbedarf benötigen, gibt.

Die Gemeinde ist über Sozialsprengel und Vereine aufgefordert, etwaige Unterstützung schon im Vorfeld zu planen.

Da im Blackout-Szenario die Schulen durch das Bildungsministerium geschlossen werden und auch Kindergärten nicht geöffnet haben, ist es notwendig für Einsatzpersonal, welches in den Einsatz gehen soll, eine Kinderbetreuung einzurichten. Erfahrungen zeigen, dass sonst 25% des Einsatzpersonals nicht verfügbar ist. Hiezu werden die freiwerdenden Elementarpädagog:innen heranzuziehen sein.

Notstromversorgung

Die Gemeinde hat, die Möglichkeit ein Projekt über die Förderrichtlinien des Landes unterstützt zu bekommen.

Es wäre der Bedarf in der Gemeinde zu ermitteln. Aufgrund der individuellen Struktur und Größe der Gemeinde sind die systemrelevanten Einrichtungen unterschiedlich. Deshalb wird diese immer im Zusammenhang auch mit den anderen Themenbereichen zu bewerten sein z.B. UV Anlage Trinkwasserversorgung, Abwasserversorgung, Altersheim, etc.

Dieser Bedarf ist einer Priorisierung zuzuführen und anschließend der Bestand entsprechend der Priorisierung zu verplanen. Es ist zu bedenken, dass auch entsprechende Anschlussmöglichkeit für das jeweilige Gerät vorhanden sein muss.

Für die Aufrechterhaltung der Wasserversorgung, Einspeisung Versorgungszentrum, Einspeisung Altersheim etc, für welches entsprechendes Aggregat eingesetzt wird sollten Alternativlösungen auch angedacht werden.

Es ist für den Betrieb eine hinreichende Autarkie (Versorgungsunabhängigkeit) sicherzustellen. Hiezu folgen Ausführungen im Pkt Treibstoffbevorratung, -Nachschub, Tankstellen. Auf die Wartungsintervalle wird entsprechend hingewiesen.

Zudem werden Ersatzteile für Reparaturen nicht lieferbar sein und somit ist eine etwaige Ersatzteilbevorratung für Instandsetzungen anzudenken.

Lebensmittelversorgung

Unabhängig vom späteren Themenbereich Haushaltsbevorratung wären hier folgende Vorsorgemaßnahmen zu treffen:

Der Lebensmitteleinzelhandel ist vom Stromausfall ebenso betroffen.

Hiezu wurde mit dem lokalen Lebensmittelhandel ein Konzept ausgearbeitet, das nunmehr über den Städte- und Gemeindebund an alle Gemeinden verteilt wurde.

Zusammenfassung des Konzepts:

TAG	
1	Am 1. Tag des Blackouts geschlossen
2	Nur am 2. Tag Gratis-Abgabe aller Kühlwaren (ohne Fisch, Fleisch, Geflügel)
2	Ab 2. Tag „Notverkauf“ von 10 – 15 Uhr über Windfang, Paletten Sperre im Windfang – keine Kunden im Markt
2	Ab 2. Tag Abgabe TS Waren mit „Glückssackerl“ (so lange möglich)
2	Bedarfsorientierte Abgabe/Verkauf zB für Babynahrung, Hygieneartikel

Im Konzept ist eine Unterstützung der Betriebsstätte des Lebensmittelhandels durch die Gemeinde vorgesehen. Hiezu wird ersucht den Kontakt herzustellen.

Im Anschluss werden diese mit eingeschränkten Öffnungszeiten den Warenbestand in der Betriebsstätte mittels Barverkauf veräußern. Hiezu wird angeraten Bargeld in der Höhe von ca. €100 pro im Haushalt lebende Person in kleiner Stückelung zu Hause sicher zu verwahren. Personen die kein Bargeld zur Verfügung haben, wird eine „Anschreibmöglichkeit“ eröffnet.

Die Kühlkette für das Frischwarensortiment wird durch einen Stromausfall unterbrochen. Aufgrund des Ausgasens der Kühlgase in den Kühlgeräten nach ca. 3 Stunden ohne Strom, sind diese auch bei Wiederherstellung der Stromversorgung nicht mehr einsetzbar.

Gemeinden sollten eine Übersicht über Betriebsstätten des Lebensmitteleinzelhandels führen.

Für einen länger dauernden Blackout wurde bereits ein Konzept mit den regionalen Lebensmittelunternehmen betreffend die Anschlussversorgung mit Lebensmitteln aus

den Großlagern in die Betriebsstätten des Lebensmittelhandels konzipiert.

Haushaltsbevorratung

Die Resilienz der Gemeindebürger ist durch entsprechende Information und Aufklärung dringend zu erhöhen. Informationsmaterialien zur Haushaltsbevorratung u.ä. sind unter dem Link

[Land Tirol Bevorratungsratgeber.pdf \(https://www.tirol.gv.at/fileadmin/themen/sicherheit/zivil-und-katastrophenschutz/Blackout_UEbung_Energie21/Land_Tirol_Bevorratungsratgeber.pdf\)](https://www.tirol.gv.at/fileadmin/themen/sicherheit/zivil-und-katastrophenschutz/Blackout_UEbung_Energie21/Land_Tirol_Bevorratungsratgeber.pdf) abrufbar.

Es wird darauf hingewiesen, dass ältere, alleinstehende Personen, die diese herausforderndere Situation nicht alleine bewältigen können, Unterstützungsbedarf haben. Die Gemeinde ist über Sozialsprengel und Vereine aufgefordert, etwaige Unterstützung schon im Vorfeld zu planen.

Treibstoffbevorratung, -Nachschub, Tankstellen

Betriebe mit Betriebstankstelle in den Gemeinden sollten sensibilisiert werden, einen Sperrbestand festzulegen und eine laufende Nachbetankung sicherzustellen, um im Notfall über eine disponierbare Mindestmenge zu verfügen. Dieser Betankungsrhythmus führt dazu, dass im schlechtesten Fall der Sperrbestand verfügbar wäre im günstigsten Fall, wurde gerade nachbetankt und das Lager ist voll. Die Treibstoffentnahme sollte netzunabhängig möglich sein. Die 14 Landestankstellen stehen den Einsatzorganisationen Polizei und Rettung zur Verfügung. Nachdem in Tirol nur sehr wenige öffentliche Tankstellen notstromversorgt sind, ist ein öffentlicher Betrieb dieser Tankstellen tunlichst zu vermeiden, um sicherheitspolizeilich relevante Ereignisse hintanzuhalten. Diese sind nicht für die Allgemeinheit, sondern für die Einsatzorganisationen und Behörden vorgesehen.

Die Gemeinde selbst, sollte Zugang zu Treibstoffreserven für den eigenen Fuhrpark (inkl. Feuerwehr) sowie selbst betriebene Stromaggregate (inkl. Feuerwehr) für einen Zeitraum von zumindest 72 Stunden haben. Hiezu sind aber nicht jene der öffentlichen notstromversorgten Tankstelle zu verplanen.

Bitte im Zusammenhang mit der Lagerung beachten, dass auch Treibstoff z.B. Diesel ausflocken kann und damit unbrauchbar wird, sowie die gesetzlich zulässigen Lagerbestimmungen eingehalten werden.

Es ist zu bedenken, dass besonders in den Gemeinden mit Schigebieten große Dieselmengen für den eigentlichen Betrieb der Pistengeräte vorgehalten werden.

Trinkwasserversorgung

Im Zuge der Vorbereitung ist zu prüfen wie abhängig die Trinkwasserversorgung vom vorhandenen Strom ist. Welche Bereiche sind aufgrund des bestehenden Gefälles und des Wasserdrucks allein aus diesem versorgt?

Welche Gebiete fallen aufgrund fehlender Pumpleistung aus?

Werden stromabhängige Verfahren zur Desinfektion des Trinkwassers eingesetzt?

Dies kann bedeuten, dass Wasser aus der Leitung kommt, aber die entsprechende Aufbereitung fehlt.

Welche Einrichtungen zur Anlagenüberwachung und -steuerung stehen zur Verfügung?

Können Kapazitäten aus der Notstromversorgung hierfür verwendet werden?

Wer steht für das Aufrechterhalten der Trinkwasserversorgung zur Verfügung? (inkl. Kommunikationsmöglichkeiten sowie Arbeits- und Betriebsmittel für solche Situationen).

Gerade jene Gebiete, die aus oben genannten Gründen eine Einschränkung erfahren sind besonders auf die Haushaltsbevorratung hinzuweisen.

Wenn die Gemeinde nicht selbst Betreiber ist muss mit dem Träger der öffentlichen Wasserversorgung Verbindung aufgenommen werden (Wassergenossenschaften!).

Abwasserentsorgung

Abwasserableitung (Kanalisation): Hebeanlagen funktionieren nur mit Strom. Sind für die Abwasserableitung Hebeanlagen erforderlich, kommt es bei Stromausfall zu Rückstau. Je nach Situation kann auch Abwasser aus den Anlagen austreten.

Abwasserreinigung: Auch Kläranlagen funktionieren nur mit Strom. Es wird auch mit den Wasserrechtsbehörden, insbesondere mit der Abt. Wasser-, Forst- und

Energiericht zu klären und im Anlassfall entsprechend abzuwägen sein, unter welchen Bedingungen ein kontrolliertes Um- bzw. Ausleiten von teilgereinigtem oder ungereinigtem Abwasser zulässig und in Kauf zu nehmen ist. Auch nach Wiederherstellen der Stromversorgung bedarf es in der Regel besonderer Maßnahmen seitens des Betriebspersonals und eines entsprechenden Zeitfensters, um den Vollbetrieb der Abwasseranlagen zu gewährleisten.

Welche Einrichtungen zur Anlagenüberwachung und -steuerung stehen zur Verfügung?

Wer steht für das Aufrechterhalten von Abwasserableitung und Abwasserreinigung zur Verfügung (inkl. Kommunikationsmöglichkeiten sowie Arbeits- und Betriebsmittel für solche Situationen)?

Wie erfolgte die Kommunikation und Kooperation zwischen Gemeinden und Abwasserverbänden?

Medizinische Versorgung

Einzelne Personen in der Gemeinde bedürfen einer besonderen Betreuung. Eine Übersicht über diese müssten die Hausärzte oder der Gesundheitssprengel haben zB. die Personengruppe der Dialysepatienten, oder jene mit Beatmungsgeräten. Eine Übersicht spezieller Bedürfnisse ist lebensnotwendig für diese Personengruppen. Medizinische Notfälle sind über die Notfallmeldestelle zu organisieren.

Es ist jedoch zu bedenken, dass in diesem Zusammenhang nicht auf Ressourcen des Rettungsdienstes zurückgegriffen werden kann. In Tirol gibt es ca. 1000 Personen die Heimsauerstoff benötigen und ca. 4 Personen mit Heimbeatmung. Diese Personen werden neben der Haushaltsbevorratung und Arzneimittelversorgung auch eine Sauerstoffbevorratung für diesen Zeitraum vorhalten müssen. Notfälle durch fehlende Sauerstoffbevorratung belasten die Notaufnahme in den Krankenanstalten, was durch entsprechende Bevorratung leicht zu verhindern wäre.

Es wird auch empfohlen mit den in der Gemeinde niedergelassenen Ärzten notstromversorgte Räumlichkeiten als Ordination z.B. im Altersheim, Information- und Versorgungszentren etc zur Verfügung zu stellen um eine eingeschränkte allgemeinmedizinische Versorgung im Ort aufrecht zu erhalten.

Arzneimittel Versorgung

Wie im Bevorratungsratgeber beschrieben sollten die wichtigsten persönlichen Medikamente in der Haushaltsapotheke bevorratet sein (Achtung auf Haltbarkeit und Lagerung).

Ebenso sollte die Gemeinde Kenntnis über die Apotheken und Hausapotheken niedergelassener Ärzte in ihrem Gemeindegebiet haben. Sowohl die Hausärzte als auch die Apotheken kennen den einzelnen dringenden Bedarf ihre Kunden.

Transport/Verkehr

Öffentlicher Verkehr steht nur sehr eingeschränkt zur Verfügung. Es ist zu bedenken, dass auch bei einer geplanten Stromabschaltung im Rahmen einer Stromlenkungsmaßnahme, Zugverbindungen ausfallen werden.

Beim Blackout gibt es keine Planbarkeit, deshalb bleiben Züge an Ort und Stelle stehen.

Auch wenn die Österreichischen Bundesbahnen (ÖBB) abgeleitet aus dem Beförderungsvertrag ein Schienenersatzverkehr einzurichten hätten, wird im Falle der „höhere Gewalt- vis maior“ die Rechtsverfolgung vertraglicher Ansprüche gehemmt. Die Personen werden faktisch vor Ort stranden.

Tunnel stellen ein besonderes Hindernis im Straßenverkehr dar. Wenn der Strom ausfällt schalten die Ampeln auf „Rot“. Belüftete Tunnel können aufgrund der Erstickungsgefahr nicht mehr befahren werden. Daher werden diese gesperrt.

Tourismus (Empfehlung)

Tirol ist ein Tourismusland. Sind Stromlenkungsmaßnahmen bereits kommuniziert und angekündigt, ist davon auszugehen, dass sich nur mehr wenige Touristen in Tirol aufhalten. Wenn in Tirol unvorhergesehen der Blackoutfall eintritt, ist die Zahl der Touristen, die sich in Tirol aufhalten saisonabhängig.

Auch die Tourismusbetriebe sind zu sensibilisieren, eine Durchhaltefähigkeit für ihre Gäste sicherzustellen.

Im Beherbergungsfall sind Tourismusbetriebe gefordert, ihre Gäste zu versorgen. Es ist damit zu rechnen, dass Gäste über den vereinbarten Beherbergungsvertrag hinaus weiter beherbergt werden müssen.

Abhängig von der Zeitdauer und des Umfanges des Blackouts werden beherbergte Gäste mit Selbstanreise, also jene die mit dem eigenen Auto in Tirol sind, drängen die Heimreise antreten zu dürfen, oder sich auch selbstständig auf den Weg machen. Auch wenn ein Fahrzeug zur Verfügung steht ist die Abreise problematisch. Tunnel, die nicht befahren werden können, Tankstellen, die außer Betrieb sind und Elektroautos, mit mangelnder Reichweite erschweren die Heimreise. Eine alternative Abreise der Fluggäste und Zugreisenden ist nicht möglich.

Exponierte Gemeinden, die im Winter immer wieder mit Straßensperren zu rechnen haben, kennen die Situation. Diese bekannte Situation wird zusätzlich verschärft, dass nicht nur die Talschaft oder Gemeinde eingeschlossen ist, sondern die Gäste massiv auf die Unterstützung des Beherbergungsbetriebes angewiesen sind.

Landwirtschaft (Empfehlung)

Jeder land- und forstwirtschaftliche Betrieb ist von einem Stromausfall unterschiedlich betroffen. Besonders betroffen sind Betriebe mit Tierhaltung.

Moderner Tierhaltungsbetriebe sind gekennzeichnet von einer hohen Abhängigkeit von elektrischer Energie
Stromausfall bis 15 Minuten: Fütterungsautomaten und computerunterstützte Systeme sind eventuell neu zu starten.

Stromausfall bis zwei Stunden: Bei zwangsbelüfteten Stallungen ist speziell an heißen Tagen schnelles Handeln wichtig, um einen Luftaustausch zu gewährleisten. In Ferkelnestern und bei Junggeflügel kann die Wärme nicht mehr gewährleistet werden.

Stromausfall bis zwölf Stunden: Wasser- und Futtersversorgung sind bereits problematisch. Bei Milchviehbetrieben muss das Melken von Milchkühen gewährleistet werden. Legehennen fehlt das Lichtprogramm, auch die Eiersortierung kann nicht

durchgeführt werden. Im Haushalt und beim Direktvermarktungsbetrieb tauen die Kühlschränke ab. Warmwasser zur Reinigung, zum Duschen und für die Heizung sind auch bei größeren Pufferspeichern erschöpft.

Stromausfall bis zwei Tage: Das Entmisten und Weiterleiten der Gülle kann bereits ein Problem darstellen. Kühl- und Gefrierschränke sind abgetaut.

Treten jedoch Stromausfälle auf, die das ganze Bundesland, ganz Österreich oder vielleicht sogar halb Europa betreffen und über Tage hinweg andauern, so sind die Notstromaggregate der Feuerwehren und des Zivilschutzes jedoch dort im Einsatz, wo die wichtigste Infrastruktur des Landes aufrechterhalten werden muss. Ein landwirtschaftlicher Betrieb wird in solchen Krisenzeiten daher nicht bedient werden können. Ein eigener Plan für die Notstromversorgung am landwirtschaftlichen Betrieb ist daher wichtig.

Vorsicht: nicht jede Photovoltaikanlage funktioniert bei Stromausfall. Erst in Kombination mit einem notstromfähigen Wechselrichter oder einem notstromfähigen Stromspeicher sowie einem Netztrennschalter ist eine sichere Trennung vom öffentlichen Stromnetz und eine zeitlich begrenzte Inselfähigkeit möglich. Stromspeicher sind nicht darauf ausgelegt, die Stromversorgung für sehr große elektrische Verbraucher, wie zum Beispiel Melkanlagen, Fütterungen oder Heukräne über einen längeren Zeitraum zu gewährleisten.

Empfehlung: Handlungsanweisung zur Vorbereitung nutztierhaltender Betriebe auf einen Blackout der Stiftung Tierärztliche Hochschule Hannover (https://www.tiho-hannover.de/fileadmin/26_Tierhygiene/Bilder_PS/Broschuere_Blackout_final.pdf).

*Mag. Michael Fankhauser
Gruppe Tiroler Zentrum für Krisen- und
Katastrophenmanagement*

2.

Verpflichtungen der Betreiber von Wasserversorgungsanlagen im Rahmen der Eigenkontrolle

Die Trinkwasserverordnung (TWV), BGBl. II Nr. 304/2001, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 362/2017, regelt die Anforderungen an die Qualität von **als Trinkwasser in Verkehr gebrachtem Wasser**. Ausgenommen ist die Abgabe von Wasser im Rahmen des familiären Verbandes.

§ 5 Z 2 TWV sieht vor, dass die Betreiber von Wasserversorgungsanlagen Untersuchungen und Begutachtungen des Wassers gemäß dem **Parameterumfang und den Probenahmehäufigkeiten** nach Anhang II der TWV durchführen zu lassen haben. Jede Wasserversorgungsanlage ist **zumindest einmal im Jahr** zu überprüfen. Dabei ist auch ein Lokalaugenschein aller Anlagenteile, einschließlich der Wasserspender mit Fassungszone, vorzunehmen.

Mit der Untersuchung sind die Agentur gemäß § 65 Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz

(LMSVG), die Untersuchungsanstalten der Länder gemäß § 72 LMSVG oder eine gemäß § 73 LMSVG hierzu berechnete Person zu beauftragen. Die aktuelle Liste der zur Trinkwasseruntersuchung befugten Stellen und Personen ist auf der Kommunikationsplattform VerbraucherInnen-gesundheit abrufbar (https://www.verbrauchergesundheit.gv.at/lebensmittel/trinkwasser/Untersuchung_und_Begutachtung.html).

Gemäß § 5 Z 4 TWV sind die Ergebnisse aus Befund und Gutachten **unverzüglich** durch die beauftragte Untersuchungsstelle in das dafür zur Verfügung gestellte Datensystem (**Wasserinformationssystem Tirol**) **elektronisch** zu übermitteln.

Bei **Nichteinhaltung der mikrobiologischen oder chemischen Anforderungen an das Trinkwasser** hat der Betreiber einer Wasserversorgungsanlage gemäß § 5 Z 5

TWV unverzüglich Maßnahmen zu ergreifen, um spätestens innerhalb von 30 Tagen den Parameterwerten zu entsprechen, sowie die Abnehmer zu informieren und eine Meldung an die Behörde zu übermitteln.

Diese Meldung kann an die Lebensmittelaufsicht oder an die Abteilung Gesundheitsrecht und Krankenanstalten erfolgen.

Als Betreiber von Wasserversorgungsanlagen werden die

Gemeinden daran erinnert, rechtzeitig die erforderliche Untersuchung zu beauftragen.

Weiters werden die Gemeinden auf Grund des örtlichen Nahebezuges ersucht, die **sonstigen Betreiber von Wasserversorgungsanlagen im Gemeindegebiet** auf ihre Verpflichtungen hinzuweisen.

*Mag. Claudia Dengg
Gesundheitsrecht und Krankenanstalten*

3.

Leitfaden zur Gewässerpflege von Gießen und langsam fließenden Bächen der Talböden

Im Auftrag der Abteilung Wasserwirtschaft des Amtes der Tiroler Landesregierung wurde ein Leitfaden für die Gewässerpflege von Gießen und langsam fließenden Bächen der Talböden erstellt. Dieser Leitfaden stellt eine konkrete Arbeitsanleitung für die Vorerhebungen, Projektierung und Umsetzung von Pflegemaßnahmen für diese in Tirol besonderen Gewässertypen dar. Ziel ist dabei, die Vorgehensweise bei der Gewässerpflege zu vereinheitlichen, die Maßnahmenplanung zu erleichtern und dadurch den Arbeitsaufwand und die Kosten für Antragstellende zu reduzieren sowie das notwendige Behördenverfahren zu beschleunigen.

Im Leitfaden wird darauf eingegangen, welche Informationen zur Erstellung eines Gewässerpflegekonzeptes eingeholt werden sollten und wie diese Informationen ermittelt werden können. Neben allgemeinen Wasserinformationen sind dabei vor allem wasserbautechnische Grundlagen sowie die Tier- und Pflanzenwelt im Gewässer und der angrenzenden Ufer zu

erheben. Bestehende Daten können weitgehend über das Tiroler Rauminformationssystem (TIRIS) abgefragt werden, zur genauen Kenntnis des Arteninventars kann noch auf Datensätze der Landesverwaltungsbehörde oder eigene Erhebungen zurückgegriffen werden. Des Weiteren werden im Leitfaden für die Gewässerpflege relevante Pflegemaßnahmen für Uferbewuchs, Wasserpflanzen und Sedimente beschrieben und dabei auf die jeweils ökologisch verträglichsten Varianten und Zeiträume eingegangen. Zum Schutz sensibler Tierarten werden zudem noch Empfehlungen zur Bergung von Krebsen, Muscheln, Fischen und Amphibien gegeben.

Der Leitfaden steht unter folgendem Link zum Download bereit:

<https://www.tirol.gv.at/umwelt/wasserwirtschaft/gewaesseroekologie/#c233477>

*Mag. Andreas Murrer
Abt. Wasserwirtschaft*

4.

Barrierefreie Veröffentlichung von Protokollen auf der Gemeindefwebseite

Protokolle (Niederschriften) von Gemeinderatsitzungen werden in der gängigen Praxis häufig ausgedruckt, unterschrieben, eingescannt und auf der Gemeindefwebseite veröffentlicht.

Durch den Prozess des Scannes verliert die Datei aber jegliche Informationen für blinde und sehbehinderte Menschen, die einen Screen Reader nutzen. Somit ist die Datei nicht barrierefrei und die Gemeinde erfüllt nicht ihre Pflicht, alle Informationen in digital barrierefreier Form zu Verfügung zu stellen!

In Absprache mit der Abteilung Gemeinden möchten wir Sie darüber informieren, dass solche Protokolle keine Unterschrift benötigen, um sie auf der Gemeindefwebseite zu veröffentlichen. Die Unterschrift kann somit unterbleiben oder auch durch „Vorname Nachname e.h.“ ersetzt werden.

Wie Sie barrierefreie Dokumente erstellen können, erfahren Sie im WIKI Barrierefreies Internet <https://sp.tirol.gv.at/tirol.gv.at/dvtwiki/display/WCA/Barrierefreie+Word-+und+pdf-Dokumente>.

Zudem ist von Seiten des Landes eine Schulung zum Thema barrierefreie Dokumente geplant. Sollten Sie an einem Online Seminar interessiert sein, so gibt es auf der Webseite der Hilfgemeinschaft der Blinden und Sehschwachen Angebote <https://www.hilfsgemeinschaft.at/aktuelles/information/detail/webinar-barrierefreie-pdfs-aus-microsoft-word-und-pdfs-testen>.

*Daniela Friedle MA
Servicestelle Gleichbehandlung und Antidiskriminierung*

5.

Änderung der Förderungsrichtlinie Siedlungswasserwirtschaft Tirol 2018: Zusatzförderung für Maßnahmen der interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ)

Mit Beschluss der Tiroler Landesregierung vom 13.12.2022 wurde Anhang 1 der Förderungsrichtlinie Siedlungswasserwirtschaft Tirol 2018 erweitert.

Für Maßnahmen an Wasserversorgungsanlagen zum Zweck der interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) wurde ein Förderungssatz von 10 % festgelegt. Dieser Förderungssatz von 10 % gilt für sämtliche Gemeinden Tirols, unabhängig vom jeweils aktuellen gemeindespezifischen Förderungssatz, und ist als Zuschlag zum gemeindespezifischen Förderungssatz zu verstehen.

Diese Änderung in Anhang 1 der Förderungsrichtlinie Siedlungswasserwirtschaft Tirol 2018 ist seit 1.1.2023 in Kraft.

In den Ansuchen um Landesförderung Siedlungswasser-

wirtschaft ist nachvollziehbar darzustellen, welche Maßnahmen innerhalb eines Projektes dem Zweck der interkommunalen Zusammenarbeit dienen. Die entsprechenden Investitionskosten sind getrennt anzugeben.

Das Formular „Ansuchen zur Förderung von Maßnahmen der Siedlungswasserwirtschaft durch das Land Tirol“ wurde in diesem Sinn überarbeitet und steht unter <https://www.tirol.gv.at/umwelt/wasserwirtschaft/> foerderungen zum Download zur Verfügung.

Für Abwicklungsfragen zu konkreten Projekten stehen die Mitarbeiter*innen der Fachbereiche Wasserwirtschaft in den Baubezirksämtern zur Verfügung.

*Dr. Stefan Wildt
Abteilung Wasserwirtschaft*

6. Gemeindeausgleichsfonds - Bedarfszuweisungen 2022 nach Verwendungszwecken

Bezirk	EWZ per 31.10.2020	Kranken-häuser	Schul- und Kindergartenbau-förderung	Volksschulen, Mittelschulen, SPZ, PTS	Abwasser-beseitigung	Wasser-versorgung	Katastrophen-schäden, Wildbach- und Lawinen-verbauung	Straßen Wege Brücken *)	Gemeinde- und Mehrzweck-häuser	Wohn- und Pflegeheime	Kinder-betreuung	Feuerwehr-zwecke	Sonstige Zwecke	Gesamt
Bezirk Imst	60.905	780.000	814.717,00	2.350.000,00	850.000,00	450.000,00	343.500,00	2.673.548,00	200.000,00	1.200.000,00	676.720,00	151.700,00	2.189.555,00	12.679.740
Bezirk Innsbruck-Land	181.663		845.891,00	3.205.000,00	1.148.000,00	1.040.000,00	1.122.000,00	7.026.197,00	3.375.000,00	111.853,00	3.356.307,00	1.130.900,00	4.996.296,00	27.357.444
Bezirk Innsbruck-Stadt	130.973		267.977,00					300.000,00			59.210,00		11.108.399,00	11.735.596
Bezirk Kitzbühel	64.521	575.000	246.202,00	70.000,00		60.000,00	155.000,00	1.967.762,00		1.350.000,00	183.196,00	43.600,00	1.033.964,00	5.684.724
Bezirk Kufstein	110.936	137.700	1.623.879,00	2.702.500,00	200.000,00	200.000,00	7.500,00	3.072.169,00		495.000,00	1.630.139,00	1.183.000,00	1.309.969,00	12.561.976
Bezirk Landeck	44.263	612.000	265.163,00	158.000,00	230.000,00	365.000,00	904.700,00	3.020.525,00	985.000,00	150.000,00	270.000,00	1.134.500,00	2.647.244,00	10.742.132
Bezirk Lienz	48.913	1.164.000	1.758.181,00	2.306.900,00	110.000,00	192.000,00	643.200,00	5.172.854,00	971.700,00		1.525.345,00	456.100,00	2.076.705,00	16.376.785
Bezirk Reutte	33.017	150.000	91.095,00	115.000,00	435.000,00	210.000,00	504.260,00	2.830.196,00	906.700,00	500.000,00	103.513,00	433.360,00	1.856.340,00	8.135.464
Bezirk Schwaz	84.461	1.285.600	326.725,00	1.708.000,00	125.000,00	1.714.000,00	670.000,00	4.011.981,00	1.575.000,00	1.628.000,00	232.080,00	1.352.750,00	2.762.226,00	17.411.362
Gesamtsumme	759.652	4.704.300	6.239.930	12.615.400	3.098.000	4.231.000	4.350.160	30.075.032	8.013.400	5.434.853	8.036.510	5.885.910	30.000.718	122.685.213

*) einschließlich Infrastrukturprogramm Gemeindestraßen

7.

Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner 2023

Ertragsanteile an	2022	2023	Veränderung	
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	14.630.359	17.266.425	2.636.066	18,02
Lohnsteuer	27.369.541	28.797.249	1.427.708	5,22
Kapitalertragsteuer	2.266.067	1.851.864	-414.203	-18,28
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	878.591	309.789	-568.802	-64,74
Körperschaftsteuer	25.804.576	30.036.933	4.232.357	16,40
Abgeltungssteuern Schweiz	0	0	0	0,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	71	651	581	823,12
Stiftungseingangssteuer	1.135	8.533	7.398	651,70
Bodenwertabgabe	125.950	156.247	30.297	24,05
Stabilitätsabgabe	95.612	47.622	-47.990	-50,19
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	71.171.902	78.475.313	7.303.411	10,26
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	22.291.933	25.601.802	3.309.869	14,85
Tabaksteuer	1.685.013	1.701.367	16.354	0,97
Biersteuer	152.254	157.669	5.415	3,56
Mineralölsteuer	4.008.784	3.300.751	-708.033	-17,66
Alkoholsteuer	134.312	158.097	23.785	17,71
Schaumweinsteuer	1.094	765	-329	-30,09
Kapitalverkehrsteuern	161	21	-139	-86,78
Werbeabgabe	102.648	98.138	-4.510	-4,39
Energieabgabe	795.026	-381.566	-1.176.592	-147,99
Normverbrauchsabgabe	321.463	352.977	31.514	9,80
Flugabgabe	102.367	119.775	17.408	17,01
Grunderwerbsteuer	14.011.783	10.625.114	-3.386.669	-24,17
Versicherungssteuer	994.920	1.004.460	9.540	0,96
Motorbezogene Versicherungssteuer	2.163.860	2.145.206	-18.654	-0,86
KFZ-Steuer	127.549	127.296	-253	-0,20
Konzessionsabgabe	316.443	303.557	-12.886	-4,07
Summe sonstige Steuern	47.209.612	45.315.431	-1.894.181	-4,01
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Gesamtsumme	118.381.514	123.790.744	5.409.230	4,57

VERBRAUCHERPREISINDEX		
für November 2022		
(vorläufiges Ergebnis)		
	Oktober 2022	November 2022
	(endgültig)	(vorläufig)
Index der Verbraucherpreise 2020		
Basis: Durchschnitt 2020 = 100	115,6	115,9
Index der Verbraucherpreise 2015		
Basis: Durchschnitt 2015 = 100	125,1	125,4
Index der Verbraucherpreise 2010		
Basis: Durchschnitt 2010 = 100	138,5	138,8
Index der Verbraucherpreise 2005		
Basis: Durchschnitt 2005 = 100	151,7	152,1
Index der Verbraucherpreise 2000		
Basis: Durchschnitt 2000 = 100	167,6	168,1
Index der Verbraucherpreise 96		
Basis: Durchschnitt 1996 = 100	176,4	176,9
Index der Verbraucherpreise 86		
Basis: Durchschnitt 1986 = 100	230,6	231,2
Index der Verbraucherpreise 76		
Basis: Durchschnitt 1976 = 100	358,5	359,4
Index der Verbraucherpreise 66		
Basis: Durchschnitt 1966 = 100	629,2	630,8
Index der Verbraucherpreise I		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	801,7	803,8
Index der Verbraucherpreise II		
Basis: Durchschnitt 1958 = 100	804,3	806,4
<p>Der Index der Verbraucherpreise 2020 (Basis: Jahresdurchschnitt 2020 = 100) für den Kalendermonat November 2022 beträgt 115,9 (vorläufige Zahl) und ist gegenüber dem Vormonat um 0,3 Punkte (+ 10,6 % gegenüber dem Vorjahr) gestiegen. Siehe auch Statistik Austria https://www.statistik.at/fileadmin/pages/214/2_Verbraucherpreisindizes_ab_1990.ods</p>		

MEDIENINHABER (VERLEGER):

Amt der Tiroler Landesregierung,

Abteilung Gemeinden,

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck